herigen Oberförster auf Königsteiner Revier im Forstbezirke Schandau Max Zschimmer unter Ernennung desselben zum Oberforstmeister zu übertragen und dem Kürschner und Kaufmann Paul Otto Witzleben zu Leipzig das Prädikat „Königlicher Hoflieferant" zu verleihen geruht.

— 1. Oktober. Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Johann Georg wohnten gestern der Aufführung des Sommernachtstraums im Altstädter Hoftheater bei.

— Die deutsch-sociale Reformpartei hat ihre Kandidaten zu vorläufigen Einzelforderungen sich bekennen lassen, die für das Verhalten derselben im künftigen Landtage maßgebend sein solle. Charakteristisch ist es, daß man bereits nach 14 Tagen 4 Nummern von den 14 Einzelforderungen wieder hat fallen lassen: so die Forderung auf Verstaatlichung der Bergwerke, auf Verstaatlichung des gesamten Versicherungswesens, die Forderung der Beteiligung aller Fraktionen „auch die der Socialdemokraten" an den Deputationen des Landtages und endlich die Forderung auf Unentgeltlichkeit der Volksschule. (Dr. N.)

Chemnitz, 1. Oktober. Gestern fand in der Ratssitzung die feierliche Verabschiedung des Herrn Bürgermeisters Stadler von den Ratsmitgliedern statt, der jetzt in den Ruhestand tritt. Herr Bürgermeister Stadler ist geboren am 11. Dezember 1825, ist als Aktuar am 1. Juli 1863, als Stadtrat am 19. März 1855, als Stellvertreter des Bürgermeisters am 31. Mai 1867 und als Bürgermeister am 1. April 1889 verpflichtet worden. Er hat über 42 Jahre im Dienste der Stadt gestanden und vorher schon einige Jahre beim Stadtgerichte hier als Aktuar gearbeitet. Sein ganzes Leben war sonach dem Dienste der Stadt Chemnitz gewidmet. Am 19. März 1880 wurde ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt erteilt.

Berlin, 1. Oktober. Der Kaiser nahm gestern in Rominten den Vortrag des Ministers für Landwirtschaft ꝛc. Freiherrn von Hammerstein entgegen und hörte heute die Vorträge des Chefs des Reichsmarineamts, Vice-Admirals Hollmann, sowie des Chefs des Marinekabinetts, Admirals à la suite, Contre-Admirals Freiherrn von Senden-Bibran. — Die Kaiserin ist gestern abend im Neuen Palais wieder eingetroffen.

— Im Auftrage des Kaisers und der Kaiserin legte gestern, am Geburtstage weiland der Kaiserin Augusta, der Geheime Regierungsrat Mießner im Mausoleum zu Charlottenburg am Sarge der verstorbenen Kaiserin einen Kranz aus weißen Rosen, Tuberosen und weißen Nelken nieder. Der Kranz trägt an einer weißseidenen Schleife die Initialen der Majestäten in Goldschrift.

— Am Sonnabend hat der Kaiser, wie jetzt mitgeteilt wird, dem Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Centralvereins für Litauen und Masuren, Rittergutsbesitzer Seydel-Chelchen, Audienz erteilt, wozu letzterer telegraphisch befohlen war. Auch Graf Dönhoff-Friedrichstein war zu derselben Zeit in Rominten anwesend.

— Die Meldung, bei der Tauffeierlichkeit in Glienicke sei der General-Feldmarschall Graf v. Blumenthal in Vertretung des Kaisers zugegen gewesen, ist nicht richtig, indem der Generalfeldmarschall selbst eine Patenstelle auf Einladung des Prinzen Friedrich Leopold angenommen hatte.

— Die Preußische Central-Genossenschaftskasse, die auf Grund des mit dem Landtage in letzter Session vereinbarten Gesetzes errichtet wird, beginnt heute ihre Thätigkeit, und zwar befinden sich deren Geschäfts- und Diensträume, wie schon früher gemeldet, Dorotheenstr. 42. Die Leitung der Centralkasse übernimmt bekanntlich Freiherr von Huene. Daß zum Mitdirigenten der bisherige Vorstand der Reichsbank-Nebenstelle zu Neuwied, zur Megede, berufen werden würde, ist bereits vor längerer Zeit gemeldet; diese Berufung ist inzwischen erfolgt. Zum Mitdirigenten ist ferner Dr. Heiligenstadt bestellt worden. Der im Gesetz vorgesehene Ausschuß dürfte durch besondere Königl. Verordnung demnächst gebildet werden.

— Die „B. P. N." schreiben: Die Arbeiten an der Ausführung des Gesetzes vom 22. Mai d. J., betreffend Abänderung des Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds, sind im Gange. Gegenwärtig werden vielfach von den Gemeindevorständen Bekanntmachungen erlassen, damit die zum Empfang der Beihilfen berechtigten Personen ihre Ansprüche geltend machen. Bekanntlich erstreckt sich das erwähnte Gesetz auf solche Personen des Unteroffizier- und Mannschaftsstandes des Heeres und der Marine, welche an den Feldzügen von 1870/71 oder den vorherigen ehrenvollen Anteil genommen haben und dauernd völlig erwerbsunfähig sind. Es muß namentlich betont werden, daß Ansprüche von Personen, welche die letztere Bedingung nicht erfüllen, unbedingt zurückgewiesen werden müssen. Was die Feldzüge vor 1870/71 betrifft, so kommen dabei in Betracht: diejenigen von 1848 in Schleswig-Holstein, der Kampf 1848 in Posen, die 1849er Feldzüge in Schleswig und Jütland, sowie in der Pfalz und in Baden, das Gefecht vom 27. Juni 1849 zwischen der Besatzung des Postdampfers „Preußischer Adler" und der dänischen Kriegsbrigg „St. Croix", der zur Unterdrückung des Aufstandes in Sachsen 1849 stattgehabte Kampf, der Feldzug von 1864 gegen Dänemark und der von 1866 gegen Oesterreich. Diejenigen Personen, welche aus Reichsmitteln gesetzliche Invalidenpensionen beziehen, oder nach ihrer Lebensführung der beabsichtigten Fürsorge als unwürdig anzusehen sind oder sich nicht im Besitze des deutschen Indigenats befinden, werden bei der Verteilung der Beihilfen nicht berücksichtigt werden. Die Anträge, welche von den Gemeindevorständen gesammelt werden sollen, werden dann den zuständigen Behörden unterbreitet und zur Entscheidung gebracht werden.

— Die städtischen Behörden haben vorgeschlagen, zu Ehren des Reichskanzlers Hohenlohe eine Straße „Hohenlohestraße", sowie zu Ehren des früheren Reichskanzlers eine Straße „Caprivistraße" zu nennen.

— [Militärisches.] Bei den jüngsten deutschen Manövern ist die Verwendung des Luftschifferwesens für Kriegszwecke, insbesondere dessen Bedeutung für den Festungskrieg, eingehend geprüft worden. Es verlautet, daß diese Prüfung überall günstige Ergebnisse gehabt und namentlich die vorteilhafte Verwendung der Luftschifferabteilung für Erkundungszwecke dargethan hat. Sehr gut soll sich namentlich das seit kurzem eingeführte komprimierte Gas in Stahlflaschen bei der militärischen Luftschiffahrt bewährt haben. Es ist dadurch, sowie durch die zweckmäßigen Beförderungsmittel für diese Gasflaschen eine hohe Beweglichkeit und schnelle Verwendbarkeit des Luftschifferwesens erzielt worden. Bekanntlich sind die Franzosen auf diesem Gebiete allen anderen Staaten vorangegangen und haben die Luftschiffahrt zuerst im Kriege von 1870/71 militärischen Zwecken dienstbar gemacht. Die deutsche Heeresverwaltung ist nur zögernd diesem Beispiele gefolgt, jetzt ist aber unser militärisches Luftschifferwesen vorzüglich organisiert und dient vielfach anderen Heeren als Vorbild. Unablässig werden die zahlreichen technischen Neuerungen geprüft und, wenn sie sich als brauchbar und zweckmäßig erweisen, ohne Aufschub eingeführt. Bei uns ist die Luftschiffer-Abteilung unmittelbar dem großen Generalstabe unterstellt.

— Ein neues Militärgewehr hat dem „Niederschl. Anzeiger" zufolge ein Müller erfunden und dem Kriegs-Ministerium zur Prüfung eingereicht. Der Erfinder ist der Müller Johann Solga in Lugnian-Dombrowska, Kreis Oppeln. Das Gewehr soll den Schützen in den Stand setzen, im Anschlage, ohne abzusetzen, 20 Schuß in der Minute abzugeben, und außerdem enthält es eine Vorrichtung, welche durch Federdruck das Bajonett aufpflanzt und somit dem Schützen ermöglicht, das Gewehr auch im Einzelkampfe zu verwenden. Das Gewehr wird durch die Gewehr-Prüfungskommission in Spandau-Ruhleben geprüft werden.

— Den „Neuesten Nachrichten" hat der Nordverein folgende Erklärung übersandt: „Der Vorstand des Nordvereins, des ältesten konservativen Bürgervereins in Berlin, ist aufs höchste überrascht über den Beschluß des Parteirats des Berliner konservativen Wahlvereins vom 19. d. in Sachen Stöcker und billigt in keiner Weise den Brief des Hofpredigers a. D. Stöcker vom 14. August 1888, dessen Inhalt nur die Auslegung zuläßt, daß der damalige Hofprediger Stöcker von der Absicht geleitet wurde, Zwietracht zwischen dem Kaiser und seinem ersten Ratgeber, dem Fürsten Bismarck, zu säen."

— Der nach Erfurt berufene Parteitag der deutsch-socialen Reformpartei ist wegen der sächsischen Landtagswahlen auf den 20. und 21. Oktober verschoben.

— Herr Pastor Kötzschke, Mitglied der christlich-socialen Partei, hat kein Bedenken getragen, in einem offenen Brief an den Frhrn. v. Stumm sich wie folgt zu äußern: „Wir Christlich-Socialen sind an einem Wendepunkt angekommen. Wir stehen jetzt auf dem Punkte, eine reine Arbeiterpartei zu werden, die die Interessen der Arbeiter mit derselben Unerschrockenheit vertritt, wie die Socialdemokratie. Wir werden aus Schleppenträgern der Herren „von Bildung und Besitz" zu ihren Gegnern. Ja, wir werden bald schlimmere Gegner sein, als die Socialdemokraten." Dazu bemerken die „Hamburger Nachrichten": „Wir wissen nicht, ob Herr Kötzschke im Amte ist; sollte es der Fall sein, so erwarten wir, daß die ihm vorgesetzte Behörde es ihres Dienstes erachtet, den Mann von seiner Pflicht gegen Staat und Gemeinde, die er gröblich verletzt, schleunigst zu entbinden. Der Staat darf notorische Socialdemokraten weder als Beamte, noch als Lehrer und Geistliche dulden, ohne selbst zu abdizieren." Die „Hamb. Nachr." gehen allerdings zu weit, wenn sie Herrn Kötzschke als „Socialdemokraten" bezeichnen. Darin aber hat das Blatt unzweifelhaft Recht, wenn es das Auftreten des Herrn Kötzschke als unvereinbar mit seinen Pflichten als Geistlicher bezeichnet. Durch Fehdeansagungen an eine bestimmte Klasse der Bevölkerung stellt sich der Geistliche in einen Gegensatz zu einem Teil seiner Gemeinde und zerstört so die Bedingungen einer gedeihlichen seelsorgerischen Wirksamkeit, zu deren Ausübung er nach seinem Amte allein da ist. Auch läßt sich eine prinzipielle Gegnerschaft gegen die „Bildung" und gegen den „Besitz", gleichviel, welcher Gebrauch von ihm gemacht wird, vom christlichen Standpunkte aus nicht rechtfertigen. Es kann demnach beansprucht werden, daß die Diener unserer Kirche sich der öffentlichen Verwendung solcher thörichten und zum Besten der socialrevolutionären Strömung aufhetzerisch wirkenden Schlagwörter enthalten.

— Das Stöckersche „Volk" verteidigt die deutsch-sociale Reformpartei gegen die sächsische konservative Parteileitung und deren Organ. Die Schroffheit der den Reformern erteilten Ablehnung könne kaum überroffen werden. Die vom „Vaterland" gegen die Reformer erhobenen Vorwürfe seien haltlos. Die gebrandmarkten Forderungen der Reformer würden auch von christlich-sozialer Seite erhoben und es seien keine darunter, die nicht auch vom konservativen Standpunkte, allerdings von einem erleuchteten social-konservativen Standpunkte aus, verteidigt werden könnten. Gleichzeitig veröffentlicht das „Volk" den dritten Artikel Stöckers aus der „Deutsch-evangelischen Kirchenzeitung". Derselbe erklärt darin für eine plumpe Lüge, daß er die Kaiserin seine liebe Freundin genannt und sich die Rolle als guter Onkel der kaiserlichen Kinder angemaßt habe. Er erzählt: Ich war in Ostpreußen zu einem Stadtmissionsfest und nannte Ihre Majestät die Kaiserin eine Freundin der kirchlichen Arbeit und der inneren Stadtmission. Nach einigen Wochen wurde mir ein Fortschrittsblatt von dort zugeschickt, das viele Verdrehungen enthielt. Die Sache war so kindisch, daß ich selbstverständlich eine Berichtigung unterließ. Ich konnte nicht denken, daß irgend ein vernünftiger Mensch die Lüge glauben würde. Was die Beziehungen zu den kaiserlichen Prinzen betrifft, so verhält sich das folgendermaßen: Ich hatte in Schmalkalden eine Rede gehalten. Irgend einer schlug dann vor, nach dem nahe gelegenen Oberhof zu fahren, wo die Prinzen ihre Sommerfrische hielten. Dies geschah, und als höflicher Mensch machte ich dem anwesenden Hofmarschall, sowie der Hofdame meinen Besuch. Zufällig sah ich dabei zwei der Prinzen. Stöcker fährt dann fort: Damals wurden eben diese Dinge erfunden, um von allen Seiten auf den Hof einzustürmen und um klar zu machen, daß er, so lange nicht offen, jede Verbindung mit den Teilnehmern an der Waldersee-Versammlung, besonders mit mir, gelöst sei, keine Ruhe haben würde. Ich sah die schwere und unheilvolle Folge der Kartellpolitik voraus, wie sie bei der Reichstagswahl von 1890 vor jedermanns Augen klar darliegen. Aus diesen Tagen stammt der mir zugeschriebene Brief. (Hier ist zu beachten, daß Stöcker von einem ihm zugeschriebenen Brief spricht.)

— Die „Kreuzzeitung" schreibt: Wenn die nationalliberalen Blätter es als feststehende Thatsache behandeln, daß Stöcker im Reichstagswahlkreis Erfurt-Halle als konservativer Kandidat aufgestellt werden soll, oder gar schon aufgestellt worden sei, so ist dies nach unserer Kenntnis der Dinge als bloße Vermutung anzusehen. Wir glauben nicht, daß in der Kandidatenfrage schon irgend etwas feststeht.

— Der christlich-sociale Pfarrer Naumann spielt in seiner „Hilfe" den Fall Hammerstein gegen die konservative Partei aus. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo die Christlich-Socialen allen denen, die nur aus Gewohnheit Konservative seien, sich aber nach besserer Volksarbeit sehnten, zurufen können: „Laßt die Toten ihre Toten begraben."

— Das Provinzial-Schulkollegium hat gegen den Sprecher der hiesigen freireligiösen Gemeinde, Dr. Bruno Wille, abermals für 15 in der Zeit bis zum 1. September d. J. in der freireligiösen Gemeinde abgehaltene Früh-Vorträge an Sonntagen eine Strafe von 1500 Mark — je 100 Mark für den einzelnen Fall —, im Unvermögensfalle 150 Tage Haftstrafe festgesetzt.

— Die Herren Franz Zahlmann und Eduard Marquardt in Tilsit, die sich bekanntlich in diesen Tagen durch eine öffentliche Erklärung von der Socialdemokratie losgesagt haben, veröffentlichen im Tilsiter „Ostpreußischen Tageblatt" eine neue Kundgebung, worin sie u. a. das folgende der Socialdemokratie „ins Stammbuch" schreiben: „Wir erklären aufs bestimmteste: die vom „Ostpr. Tagebl." in den letzten Tagen gegeißelten Zustände in der Königsberger socialdemokratischen Partei sind faktisch vorhanden, aber nicht nur allein in Königsberg, sondern fast überall. Wir konstatieren, daß die vielgepriesene Einigkeit der Socialdemokraten, speciell Königsbergs, gar nicht vorhanden ist, daß gerade die Königsberger Partei sich bereits gespalten hat und daß die Versammlungen der einen Parteihälfte von der anderen gesprengt werden. Wir konstatieren ferner, daß infolge der ewigen Zänkereien und anderer der Königsberger Partei nicht gerade zum Ruhme gereichenden Vorkommnisse ein sehr großer Teil tüchtiger Männer der Socialdemokratie den Rücken gekehrt hat, und wir wissen auch, daß diesen noch viele andere folgen werden. Wer socialdemokratische Versammlungen in Königsberg besucht hat, mußte staunen über den Ton, welcher in denselben herrscht. Hier giebts keine Brüderschaft, sondern nur Gegnerschaft, die oft in Thätlichkeiten ausartet, wir sind des Zeugen. Mußte doch der Vorsitzende auf dem ost- und westpreußischen Parteitage am 8. September d. J. die Erschienenen zur Eintracht und Wohlanständigkeit ermahnen, ein Vorkommnis, welches man hier nicht erwartet hatte. Hiervon nimmt die „Volks-Tribüne" keine Notiz, das sind Sachen, die ihr keine Kopfschmerzen verursachen. Dagegen wettert sie gegen uns, als hätten wir der Socialdemokratie ein großes Herzeleid bereitet. Oder sollte das wirklich der Fall sein? Beinahe möchten wir es glauben. Sie spricht uns gegenüber von Moral, wo die Moral in der Socialdemokratie doch längst nicht mehr vorhanden ist; sie greift in das Privatleben anderer ein, um dies zu begeifern, während sie doch alle Ursache hätte, über die Sittlichkeit zur Tagesordnung überzugehen. Vielleicht erinnert sich die „Volks-Tribüne" des Falles der Frauenentführung, welche ein Angehöriger der Königsberger Socialdemokratie fertig brachte. Wir kennen diesen Fall sehr genau, wir wissen, daß genannter Socialdemokrat unter der Maske der Freundschaft bei einem anderen Wohnung nahm, um dann in dessen Familie Zwietracht zu stiften. Sollen wir Namen nennen? Die Socialdemokratie schreibt so oft „Sittenspiegel der Bourgeoisie", wie wärs, wenn wir einmal einen „Sittenspiegel der Socialdemokratie" schrieben? Stoff genug dazu ist vorhanden. Die freie Meinungsäußerung in der socialdemokratischen Partei ist ein leerer Begriff, wir haben das kennen gelernt. Mag die eigene Meinung auch noch so berechtigt sein, sie darf nicht aufkommen, es könnte dadurch die Partei geschädigt resp. bloßgestellt werden. Mit eiserner Konsequenz wird ein in Parteisachen Andersdenkender niedergeschrieen, und Verdächtigungen und Verleumdungen sind nicht selten gegen ihn beliebte Waffen. Auch dies ist nicht wegzuleugnen. Es wundert uns nur, daß die „Volks-Tribüne" resp. die Socialdemokratie in uns noch keine Polizeispitzel entdeckt hat. . . . . Auch dem „Vorwärts" ist unsere Erklärung zur unrechten Zeit gekommen. Man merkt ihm die Verlegenheit so recht an. Das beweist die von ihm gebrauchte Redewendung: „Was mag den beiden Bekehrten diese Erklärung wohl eingebracht haben?" Wir wollen Mitleid üben und es ihm erzählen: Nichts. Es war nicht die Bezahlung für diesen Schritt uns maßgebend, sondern einzig und allein die in der socialdemokratischen Partei herrschende Korruption. Eine Partei, die außerstande ist, in ihrer Mitte Ordnung zu halten, die ihre Maximen nur auf dem Papier hat, eine Partei, in deren Mitte wie in keiner anderen das Strebertum wuchert und dem Egoismus Thor und Thür öffnet, eine solche Partei ist nicht in der Lage, eine neue Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Was kümmern sich die Herren Führer um den Arbeiter, wenn sie nur selbst nicht der Gefahr des Verhungerns ausgesetzt sind. Die Verdächtigung also, aus pekuniären Gründen mit unserer Erklärung an die Oeffentlichkeit getreten zu sein, weisen wir ganz entschieden zurück. Wer aber Bezahlung, recht viel Bezahlung für Gaukelstückchen entgegennimmt, das brauchen wir dem „Vorwärts" wohl nicht erst zu sagen."

— Bekanntlich thun sich die Socialdemokraten und insbesondere der „Vorwärts" viel darauf zu gute, keinen Personenkultus zu treiben. Eine hübsche Probe von der Manier, in welcher man den Genossen die richtige Meinung von der „Größe" ihrer Führer beibringt, liefert die Sonntagsnummer des „Vorwärts", in welcher zu lesen ist: „Engels' Asche wurde gestern auf der Höhe von Eastburne, wo der Verstorbene seit vielen Jahren im Spätsommer zu weilen pflegte, und wo er auch noch kurz vor seinem Tode Kräftigung suchte, in das Meer versenkt, so daß der letzte Wille unseres Freundes und Vaters nun auch in diesem Punkte erfüllt ist. So hat denn das weltumspannende, die Völker verbindende Weltmeer das, was übrig ist von dem Körper unseres großen Toten. Sein Denkmal — dauernder als Erz — steht in Kopf und Herz jedes klassenbewußten Arbeiters und edeldenkenden Menschen; und die unvergängliche Saat, die er zusammen mit seinem und unserem Karl Marx ausgestreut hat unter den auf der beiden Ruf geeinten Proletariern aller Länder, sie sprießt herrlich empor und reift zur Ernte." Von der zur Ernte reifenden, unter dem Proletariat aller Länder ausgestreuten Saat gerade in dem Augenblicke zu sprechen, in welchem der deutschen Socialdemokratie das Agrarprogramm die stärksten Verdauungsbeschwerden bereitet, muß als ein kühnes Stück bezeichnet werden.

— Der „Münchener freien Presse" zufolge ist gegen den „Oberdorfer Landboten" wegen eines Artikels, den er einer Münchener Korrespondenz entnommen hatte, Untersuchung wegen Beleidigung des Kaisers eingeleitet worden.

— S. „Stein", Kommandant Kapitän z. S. Rötger, ist in Plymouth eingetroffen und beabsichtigt am 4. d. die Reise nach Madeira fortzusetzen.

— [Kolonialpolitisches.] In Deutsch-Südwestafrika sind, wie aus einem Bericht des Landeshauptmanns Major Leutwein hervorgeht, die Hereros wieder vorgedrungen. Eine große Hererowerft mit mehreren tausend Ochsen hatte sich weit südlich der vereinbarten Grenze bei Kowas und eine andere bei Windhoek festgesetzt; auch westlich des Platzes sind Hereros in Massen vorgedrungen. Major Leutwein ließ einen Haufen pfänden und schrieb dem Hererohäuptling Samuel einen energischen Brief. Der letztere antwortete entgegenkommend und hob die vorgeschobenen Hereroposten auf. Es wurde ein schrift-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK BAUTZEN BUDYŠIN